



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 8. Januar 2020 im Ratsaal des Restaurant Restaurant Parktheater in Grenchen 20.10 – 22.20 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 81, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 41
Gäste: 5

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Max Schmid, Susanne Schaffner (Regierungsrätin)

Kantonsratsfraktion: Luzia Stocker

Rechnungsprüfungskommission:

Beschwerde- und Schiedskomm: Daniel Kiefer

Sektionen: Andrea Bolliger (Dulliken), Willi Bhend (Fulenbach), Jean-Pierre Häni, Luterbach), Georg Hasenfrazz (Oten), Mario Ruetsch (Rüttenen)



Geschäftsliste

1. Eröffnung des Parteitages

- ▶ Begrüssung durch die Sektion
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

3. Genehmigung der Geschäftsliste

4. Genehmigung Protokoll vom 21. Oktober 2019 in Solothurn

5. Kantonale Vorlage für die Abstimmung vom 9. Februar 2020

- Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung 2020; Abstimmungsbotschaft zur Volksabstimmung
 - ▶ **Simon Bürki**, Kantonsrat und Vizepräsident der Finanzkommission
 - ▶ **Markus Ammann**, Kantonsrat und Präsident der Fraktion SP/junge SP
 - ▶ Diskussion
 - ▶ Parolenfassung

6. Nationale Vorlagen für die Abstimmung vom 9. Februar 2020

1. Volksinitiative vom 18. Oktober 2016 «Mehr bezahlbare Wohnungen» (BBI 2019 2583)

- ▶ Referat von **Domenica Imperiali**, Präsidentin MV Grenchen und Mitglied des Vorstands des kantonalen Mieterverbands
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

2. Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) (BBI 2018 7861).

- ▶ Referat von **Muriel Waeger**, Co-Präsidentin der Fachkommission sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität der SP Schweiz und Co-Leiterin Kampagne "Ja zum Schutz vor Hass"
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

7. Dank und Würdigung für die Arbeit im Nationalrat

- ▶ **Bea Heim**, Nationalrätin von 2003-2019
- ▶ **Philipp Hadorn**, Nationalrat von 2011-2019
- ▶ Offenes Mikrofon

8. Varia

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

- ▶ Grusswort von der Sektion Grenchen
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin

Franziska Roth begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, Ständerat Roberto Zanetti, Bea Heim, Philipp Hadorn, die ReferentInnen Domenica Imperiali, Muriel Waeger, Simon Bürki, Markus Ammann und die Medien. Regierungsrätin Susanne Schaffner hat sich infolge eines Seminars entschuldigen müssen.

Erteilt Angela Kummer das Wort für die Sektion Grenchen.

Angela Kummer, Gemeinderätin aus Grenchen, Kantonsrätin und Präsidentin der SP Sektion Grenchen.

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Gäste. Ich heisse euch zum ersten kantonalen Parteitag im Jahr 2020 herzliche Willkommen. Gerne wünsche ich euch allen ein gutes neues Jahr und freue mich mit euch auf ein neues und aktives politisches Jahr mit viel Elan. Wenn die Kantonalpartei einen Parteitag in Grenchen durchgeführt hat, waren wir meistens in der alten Turnhalle einquartiert. Dies ist nicht mehr möglich, weil dieses Gebäude zur neuen Stadtbibliothek (Mediathek) umfunktioniert wurde. Hier sind wir im Jahr 1955 eröffneten Parktheater. Dies wurde vom bekannten und erfolgreichen Architekten Ernst Gisel gebaut. Es ist in Tat und Wahrheit ein Vorzeigebauwerk aus den Nachkriegsjahren. Grenchen ist die zweitgrösste Stadt des Kantons, vergesst das nicht (Heiterkeit) und ist trotz Uhrenkrisen sehr erfolgreich unterwegs. Die SP Sektion konnte in Grenchen sehr viel erreichen. Gemeinsam mit dem Gemeinderat wurde der Kompass Standortentwicklung realisiert. Dieser richtet den Fokus wieder auf die Lebens- und Wohnqualität und etwas weniger auf die sog. Wirtschaftsförderung. Diese Fokussierung deckt sich mit unserem Legislaturprogramm.



Denn diese Neuorientierung hat die SP stark geprägt. Weitere Erfolge sind eingerichtete Tagesstrukturen endlich auch im 3. Primarschulkreis, kundenfreundlichere Öffnungszeiten des Schwimmbads, der Kinderskifflift auf dem Grenchenberg, bessere Biodiversität auf Stadtgebiet (weniger Schottergärten), Sperrung der Bettlachstrasse in den Sommermonaten (Attraktivierung Stadtzentrum) usw. Ein weiteres Schwerpunktanliegen der SP ist, wie man mit der Bevölkerung besser in Kontakt treten kann. Dies zu erreichen hat die SP die SPprechstunde – wo drückt der Schuh, eingeführt. In drei Quartiertreffpunkten möchten wir damit mit der Bevölkerung in den Dialog treten. Das Projekt steht noch in den Anfängen, aber die bisher gemachten Erfahrungen sind positiv. Des Weiteren möchten wir den Kontakt zu den anderen SP-Sektionen verstärken. Wir finden es wichtig diesen Austausch – auch von Ideen – zu verstärken, massiv auszubauen und somit auch von den Erfahrungen anderer Sektionen profitieren zu können. Das letzte Jahr war für die meisten von uns sehr intensiv. Ich hoffe, dass sich alle erholen konnten und bereit sind für das bevorstehende aktive Politjahr. In diesem Sinn wünsche ich euch eine anregende und interessante Parteiversammlung. (Applaus)

Franziska Roth (dankt für die Begrüssung)

Parteipräsidentin der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn

Liebe Genossinnen und Genossen

Ich falle mit der Tür ins Haus: Rot steht für Gefühle, die niemanden kalt lassen und Rot steht für Zorn. Ich bin immer noch wütend. Es ist einfach eine Katastrophe, wenn man gesamtschweizerisch im National- und Ständerat 7 Sitze verliert und 2 Prozent Stimmenanteil wegbrechen. Punkt. Und das muss man auch so sagen und nicht mit einem Linksrutsch beschönigen.

Einem Linksrutsch, der nämlich gar keiner ist, wie die 1. Session in Bern schon andeuten lässt.

- Verschärfung des Zivildienstes,
- 50 Franken Notfallgebühr im Spital,
- 6 resp. in der Gesamtrechnung 24 Milliarden für unnötige Kampfjets,
- ARBEITSLOSIGKEIT: Der Nationalrat will nicht, dass ein Teil der Nationalbankgewinne für die Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser und für die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt verwendet wird und dann,
- so quasi als Zückerchen der demokratiepolitische Skandal am Schluss der Session: Zum jetzigen Zeitpunkt gilt die Regelung, dass beim Ausbau eines Wasserkraftwerks gleichzeitig die Natur gestärkt werden muss. Die Parlamentarische Initiative Röstli entlastet die Betreiber von Wasserkraftwerken, weil sie bei der Konzessionserneuerungen durch die Kantone keine Ausgleichsmassnahmen für verursachte Schäden in den Gewässern mehr leisten müssen.

Der Nationalrat hat Röstlis parlamentarische Initiative in einem ersten Durchgang mit 91 zu 98 Stimmen abgelehnt. Ein paar Nationalräte der SVP waren zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Saal. Nach der Abstimmung ging ein Raunen durch den Saal, wir freuten uns, dass die Vorlage abgelehnt wurde. Danach ist Nationalrat Marcel Dettling (SVP) nach vorne gegangen und sagte, dass ein paar ihrer Leute falsch abgestimmt haben und sie daher ein Rückkommen fordern. Dieses Rückkommen ist knapp durchgekommen. Dann wurde bei der CVP und FDP lobbyiert. Die fehlenden SVP Mitglieder in den Saal geholt und mit 95 zu 95 abgestimmt. Ratspräsidentin Moret stimmte nur in der zweiten Abstimmung. Sie gab den Stichentscheid für das Ja.

Die spektakuläre Wende innerhalb einer Viertelstunde macht auf jeden Fall eines klar: Wenn sich die CVP auf die Seite der Rechtsparteien SVP und FDP schlägt, haben Öko-Anliegen im Nationalrat keine Chance. Auch nach der grünen Welle nicht. Und jetzt? Ja die Zeit steht auf Populismus. Das kann man in ganz Europa, ja weltweit beobachten. Populisten versprechen etwas, das sie nie einhalten werden, aber sie versprechen es eben gut. Der Erfolg der Klimawelle fusst auch auf Populismus. Versteht mich nicht falsch ich werfe den Grünen NICHT Populismus vor und grundsätzlich ist Populismus nicht nur schlecht. Doch die Wahlversprechen für eine rasche intakten Umwelt werden sie so wenig einhalten können, wie den Klimawandel bis 2030 aufhalten. Ihr weiterer Erfolg wird aber sein, dass der Klimawandel weiter geht. Ihr derzeitiges Hoch könnte durchaus anhalten. Doch auf die Frage, wie eine nachhaltige Umweltpolitik aussieht und am Schluss nicht die Arbeitnehmenden und Angestellten die Zeche zahlen, hat die SP Antworten, denn dafür kämpfen wir seit mehr als 40 Jahren. Warum wurde das nicht honoriert?



Lasst mich Rückblicken:

wir verloren mit Ausnahme von den Bezirken Bucheggberg und Thal überall an % in der Stadt Solothurn sogar 3.5 in Dorneck 2.9

2015 wurden in SO 3211 Gespräche mit Wähler*innen geführt, wir haben 2019 mit 6803 112% mehr Gespräche geführt! Auswertungen haben gezeigt, dass wir die Leute an die Urne gebracht haben, aber dass von denen dann viele Grün wählten.

Listengestaltung: im 2011 holten wir damit den 2. Sitz zurück, im 2015 konnten wir trotz Reduktion von 7 auf 6 NR für unseren Kanton halten und an Wähler*innen zulegen.

Listenstimmen SÜD WEST 2019 44'646 - 1'496 (Rückgang)

Listenstimmen NORD OST 30'451 - 11'084 (Rückgang)

Zum Inhalt

Es reicht nicht einfach zu behaupten, „rot sei das bessere grün“; man muss es zeigen, man muss die enorme grüne Kompetenz der Roten illustrieren, belegen. Wir erzählten

nicht die Geschichte von unseren ökologischen Vorschlägen, welche die SP in den vergangenen 20 Jahren vorgebracht hatte; auch keine über jene, die wir realisieren konnte. Und wir können aufzeigen, wie eine sozialverträgliche Umweltpolitik aussieht. Die Frage lautet nicht: Mensch oder Baum. Die Lösung ist Mensch und Baum. Mensch und Baum - das ist seit über 130 Jahren nichts anderes als Rote Politik.

Ebenso erzählte man viel zu wenig die Geschichte der grossen Bedeutung und Arbeit der SP-Frauen für die Frauen in der ganzen Schweiz.

Im Oktober nominieren wir für den Regierungs- und Kantonsrat. Sie müssen jetzt schon in aller Munde sein. In unserem Munden vor allem. Und wir haben Geschichten: Wir MÜSSEN diejenige von der Prämienverbilligung erzählen, die wir im Kantonsrat mit einem Auftrag stärken wollen. Wir müssen unsere Geschichte zur STAF unter die Leute bringen. Und vor allem müssen wir die starke Arbeit unserer hervorragenden Regierungsrätin in unsere alltäglichen Gesichten einbinden, dazu gehört die Abschaffung der Schwarzen Listen, die Entkoppelung der Bewirtschaftung der Verlustscheine aus dem Prämienverbilligungstopf. Unsere Sitzungen in Bundesbern, im Kantons- und Gemeinderat und ja in den Kommissionen sollten eigentlich mit dem aus dem Haus gehen beginnen, indem wir mit den Menschen ins Gespräch kommen und sie uns ansprechen, weil sie uns mögen und vertrauen.

Um unsere Geschichte erzählen zu können braucht es die Sektionen: Doch über die Hälfte unserer Sektionen haben Schwierigkeiten. Den Mitgliedern geht die SP-Heimat verloren. Liebe Genossinnen und Genossen, die Sektionen sind nicht die anderen, die Sektionen sind wir, Du und ich. Wir brauchen uns. Das muss uns wachrütteln.

Zurück zur Farbe Rot. Rot steht auch für Leidenschaft. Die SP muss die Marke der Leidenschaft sein und das Verbildlichen. Leidenschaft kommt von innen. Debattieren, streiten mit Lust und einem Ziel, ist das A und O einer lebendigen Partei.

Wir müssen leidenschaftlich gerne das Rote Tuch für die zu gut betuchten sein. Wir müssen das Wort Umverteilen als den wichtigsten Begriff für die Umsetzung der Bundesverfassung verteidigen. Wir dürfen uns in den Kommissionen zwar im Detail verlieren aber in der Kommunikation gegen aussen müssen wir immer die grosse Klammer machen und unsere wichtigsten Werte ansprechen. Einsatz für Ehe für alle, für Kitas, für Tempo 30, für Tagesschulen, etc. sind nichts anderes als Einsatz für Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit. Damit das klar wird müssen wir nicht nur Antworten haben, sondern VOR LAUFENDER KAMERA unbequeme Fragen an die politischen Gegner stellen: Warum lässt Du es zu, dass Dein Nachbar 100% arbeitet aber nicht davon leben kann? Warum kürzt Du Kindern die Rente? Wir müssen für Rote Köpfe sorgen, wir müssen die Schamröte in die Gesichter deren steigen lassen, die meinen sie seien wichtiger als andere.

Unser politisches Handeln beruht darauf, dass das Ziel von unserer Roten Politik nicht die Wirtschaftlichkeit ist, sondern der Mensch.

Leidenschaft setzt Selbstbewusstsein voraus. Wir alle müssen von der SP überzeugt sein und öffentlich mit Stolz, am Arbeitsplatz, bei den Nachbarn für die SP werben. Wir dürfen einfach nicht mehr aus Angst vor Wählerverlusten Themen aussen vorlassen oder mit Nebensätzen so verwässern, dass die Zuhörenden emotional nicht mehr berührt sind. Wir dürfen nicht aus lauter Angst, Wähler*innen zu verlieren unsere wichtigsten Wörter nicht mehr gebrauchen, sondern mit Stolz in unseren alltäglichen Geschichten, die wir zu politischen Themen nämlich alle hier haben immer und immer wieder so reden wie uns der Schnabel gewachsen ist. Und die Schnäble der Linken sind fadegrad gewachsen. Hass, Hetze und vor allem Gier und Egoismus sind uns fremd darum prangern wir sie an. In dem Moment, wo wir wieder stolz sind, Gutmensch genannt zu

werden, in dem Moment meinen wir es nämlich mit Umverteilung, Gleichstellung, Solidarität und Menschenrechte ernst. In dem Moment wo wir mit Stolz sagen: Ich bin Links, weil ich etwas zu sagen habe und mit Lust in MEINER Partei streiten kann, ich bin Links, weil Rot für Gefühle steht die niemanden kalt lassen. In dem Moment gewinnen wir das Vertrauen der Wählerinnen wieder. Versprochen. (Applaus)

2. Bestellung der Stimmzähler/innen

Tischreihe 1: Othmar Erhart, Gerlafingen
Tischreihe 2: Nicole Wyss, Oensingen
Tischreihe 3: Joel Mussilier, Bettlach
Tischreihe 4: Aline Leimann, Luterbach

Die Stimmzählerinnen und Stimmzähler werden mit Akklamation gewählt



3. Genehmigung der Geschäftsliste

Beschluss: Die Geschäftsliste für den Parteitag vom 8. Januar 2020 wird einstimmig genehmigt

4. Genehmigung Protokoll

- ▶ 21. Oktober 2019 in Solothurn (aufgrund Krankheit des Parteisekretärs in Kürzest Form, verfasst von Vizepräsident Hardy Jäggi)

Beschluss: Das Protokoll vom 21. Oktober 2019 wird einstimmig genehmigt und verdankt. (Applaus)

5. **Kantonale Vorlage für die Abstimmung vom 9. Februar 2020**

- Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung 2020; Abstimmungsbotschaft zur Volksabstimmung
- ▶ **Markus Ammann**, Kantonsrat und Präsident der Fraktion SP/junge SP
- ▶ **Simon Bürki**, Kantonsrat und Vizepräsident der Finanzkommission
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

Markus Ammann:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen und liebe Anwesende. Am kommenden 9. Februar werden wir zum zweiten Mal über die kantonale Umsetzung der STAF (Steuer- und AHV-Finanzierung) abstimmen. Die erste Vorlage hat die Stimmbevölkerung am 19. Mai 2019 unter der SP-Kampagnenleitung abgelehnt. Diese nun vorliegende Vorlage sollte aus Sicht der Geschäftsleitung und der Fraktion SP/junge SP angenommen werden. Es ist alles andere als eine Wunschvorlage, aber die zwei wichtigsten Argumente, die für eine Annahme sprechen, möchte ich gleich vorwegnehmen. Eine Vorlage die besser unseren Vorstellungen entspricht, ist nicht zu erwarten. Und sollte diese beim Volk durchkommen, haben wir danach die viel stärkere Verhandlungsposition für kommende Steuer- oder/und Prämienentlastungsverbesserungen für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Dies sind für mich die Kernargumente für eine Ja zu dieser Vorlage. Wenn diese Vorlage mit unserer Opposition durchkommt, dann ist die SP für weitere Verbesserungen weg vom Fenster. Dies ist meine persönliche Einschätzung.



Simon Bürki und ich werden erläutern, warum wir zu dieser Einschätzung kommen. Am 19. Mai konnten wir die erste Auflage der Umsetzung der Steuerreform an der Urne verhindern. Seit diesem für uns erfolgreichen Tag hat die Regierung, die Finanzkommis-

sion und der Kantonsrat quasi während den Sommerferien diese nun vorliegende Vorlage ausgearbeitet. Jetzt stellt sich die Frage, warum so schnell. Die Antwort ist die, dass die national angenommenen STAF-Vorlage am 1. Januar 2020 in Kraft getreten ist. Dies bedeutet, dass alle Unternehmen, auch jene die bisher massiv bevorzugt wurden (Statusgesellschaften) ab diesem Jahr ordentlich Steuern bezahlen. Würde der Kanton Solothurn sein Steuerregime nicht ändern, würden diese Unternehmungen mindestens das doppelte an Steuern bezahlen als bisher. Dies deshalb, weil der Kanton Solothurn bis anhin einer der höchsten Gewinnsteuersätze hat. Wenn wir diesen Unternehmungen faire Bedingungen bieten wollen, müssen wir uns möglichst rasch bewegen. Stimmt die Bevölkerung zu, werden diese Steuersätze rückwirkend auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt. Bereits bei der Abstimmung zur USR III hat sich der Solothurner Regierungsrat sehr weit aus dem Fenster gelehnt. Er hat den Unternehmungen schon damals eine Tiefsteuerstrategie mit ca. 13% versprochen und die SP hat schon damals vor dieser Sackgasse gewarnt. Die Vorlage wurde gesamtschweizerisch abgelehnt, vom Kanton Solothurn sogar mit einem 66% Nein-Stimmenanteil. Das war kein Zufall, sondern ein Zeichen, dass der Regierungsrat mit seiner Einschätzung falsch lag. Unbeirrt von diesem Abstimmungsergebnis und als wäre nichts geschehen hat er eine kantonale Tiefsteuerstrategie ausarbeiten lassen, welche die angekündigte Tiefsteuerstrategie hätte umsetzen sollen. Die SP wollte diese im Kantonsrat als unausgewogen, unausgegoren und unangemessen zurückweisen. Wir haben davor gewarnt, dass man das Volk nicht für dumm verkaufen soll und im Rat prognostiziert, dass der Regierungsrat und die bürgerlichen Parteien damit Schiffbruch erleiden werden. Diese Aussage war damals sicher mutig, aber hat sich am 19. Mai 2019 bewahrheitet. Wir haben gekämpft und die Stimmbevölkerung gab uns Recht. Ich sag das hier nicht voller Stolz, auch wir hätten lieber einen einfacheren und direkteren Weg gewählt, aber es ging nicht anders. An dieser Stelle möchte ich euch allen den grossen Dank für das damalige Engagement gegen die Tiefsteuerstrategie aussprechen. Denn ohne die Unterstützung vieler Menschen hätten wir diesen doch relativ knappen Erfolg nicht einfahren können. Die Quintessenz ist, dass es für die Regierung zwei brutale Warnschüsse gebraucht hat, bis sie erkannt hat, dass sie umdenken muss. Sie hat die Signale endlich erkannt, die Vorlage wurde vereinfacht und die Ausfälle konnten deutlich reduziert werden. Dennoch kam sie in ein Dilemma, denn im Zuge der Erarbeitung zogen alle Seiten ihre roten Linien. Mit dieser Ausgangslage einen breit abgestützten Kompromiss zu finden war nicht ganz einfach. Die Finanzkommission hat dann das schier unmögliche trotzdem geschafft, nämlich eine Vorlage zu konstruieren der es erlaubt hat, dass alle zustimmen konnten. Dies setzte jedoch voraus, dass sich alle Seiten von ihren roten Linien verabschieden mussten und auf die anderen Seiten zugehen mussten. Zwar fanden den Kompromiss alle schlecht, aber zumindest so gut, dass man den Kompromiss als den kleinsten gemeinsamen Nenner akzeptieren kann. Das Zugeständnis der SP war, vom geforderten minimalen Gewinnsteuersatz von 16% abzuweichen und den 15,1% zustimmt, gegenüber den 13% der 1. Auflage. Gegenüber den bürgerlichen Parteien haben wir den Beweis erbracht, dass wir, wenn nötig nicht nur blockieren können, sondern eben auch zu konstruktiven Lösungen bereit sein können, auch wenn's weh tut. Bei der heutigen Steuervorlage geht es also nicht mehr um das Messen der roten Linien, sondern an den grundlegenden Zielen und Anliegen der SP. Die Fragen, die wir uns stellen müssen sind, 1. trägt diese Vorlage dazu bei, dass die Solothurner Unternehmen im nationalen Vergleich fair besteuert werden, dass sie weiterhin ihren Beitrag an die öffentliche Hand leisten, der Kanton weiterhin ein attraktives Umfeld für die Wirtschaft bildet, 2. profitieren auch die Schwächeren unter uns, oder leiden sie nicht zusätzlich an den Steuersenkungen, 3. damit verbunden können Kanton und die Gemeinden ihre Aufgaben im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich verantwortungsvoll und fair wahrnehmen und zu guter Letzt können wir davon ausgehen, dass

die nächste Vorlage näher an unsere Anliegen herankommt als die Aktuelle. Deshalb sind für mich die Antworten ziemlich klar. Die Ablehnung der USR III und die 1. Vorlage der kantonalen Umsetzung richtig und wichtig. Damit konnten wir einen Raubzug auf unseren Kanton verhindern. Heute diskutieren wir über eine deutlich moderatere Umsetzung als sich dies der Regierungsrat je gewünscht hat. Es ist keine Wunschvorlage der SP, aber es gilt zu bedenken, dass sich die bürgerlichen Parteien von ihrem favorisierten tiefsten Steuersatz verabschieden mussten und wir konnten zwei wichtige Forderungen erfolgreich einbringen: Die Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden konnten signifikant gesenkt werden und für Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen sind die Weichen für weitere Entlastungen bei den Steuern und allenfalls bei den Krankenkassenprämien gestellt. Wenn wir zustimmen, unterstützen wir einen Kompromissvorschlag, der die Schmerzen ziemlich gleichmässig unter den verschiedenen Lagern verteilt. Bei den nächsten Schritten können wir ein gewichtiges Wort mitreden, da wir durch unsere Zustimmung bis weit ins bürgerliche Lager glaubwürdig sind. Lehnen wir die Vorlage ab, sind wir weg vom Geschehen. Aus all diesen Gründen bitt ich Euch um die JA-Parole. (Applaus)

Simon Bürki:

Liebe Anwesende. Vor 1 Jahr musste ich an dieser Stelle eine Tiefsteuervorlage vorstellen, leider. Heute darf ich euch eine moderatere Vorlage vorstellen. Das ist ein Erfolg und ich bin sehr erleichtert. Der Weg dazu war äusserst mühsam. Die Bürgerlichen forderten trotz ihrer Abstimmungsniederlage weiterhin einen tiefen Gewinnsteuersatz und lehnten den Vorschlag der Regierung (16%) kategorisch ab. Man bot max. 14% (Ausfälle zwischen 70-80 Millionen Franken. Für die SP ein No-Go, ein Affront. Der Weg für eine gemeinsame und moderatere Lösung schien fast unmöglich. Aus Frust und zugegebenermassen auch Fassungslosigkeit haben wir es trotzdem probiert. Wir waren überzeugt, dass eine neue Steuervorlage in einem zweiten Anlauf, unabhängig davon wie schlecht sie sein wird, im Parlament und beim Volk eine Mehrheit finden wird. Auch aus diesem Grund habe ich in unzähligen Verhandlungsrunden viel Energie und Zeit in der Finanzkommission eine moderatere Lösung investiert. Und, kaum zu glauben, hat es in letzter Minute doch noch geklappt.

Die Eckwerte der Vorlage:

Reduktion des ordentlichen Steuersatzes für Unternehmen

Schrittweise Senkung Gewinnsteuersatz von 21% auf 15,1%

Maximale Ausschöpfung der Instrumente der nationalen Vorlage

Patentbox: 90%, Zusatzabzug F&E-Aufwendungen: 50%, Maximalentlastung 70%

Entlastung der kleinen Einkommen

Alleinstehende: neu ab steuerbaren Einkommen 12'000 Fr. (bisher 10'000),

Verheiratete: neu ab 22'800 Fr. (bisher 19'000) Bezahlung Einkommenssteuern

Höherer Abzug für Kinderdrittbetreuungskosten

Maximalbetrag neu bei 12'000 Franken pro Kind und Jahr (bisher 6'000)

Gegenfinanzierungen

- Erhöhung Dividendenteilbesteuerung von 60 auf 70%
- Erhöhung Vermögenssteuern von 1.0 auf 1.3‰ ab steuerb. Vermögen 3 Mio. Fr.
- Beteiligung Wirtschaft: Erhöhung FAK-Beiträge für jur. Pers. um max. 0.15% zur Finanzierung von Familienergänzungsleistungen (Entlastung Kanton 7 Mio. Fr.)

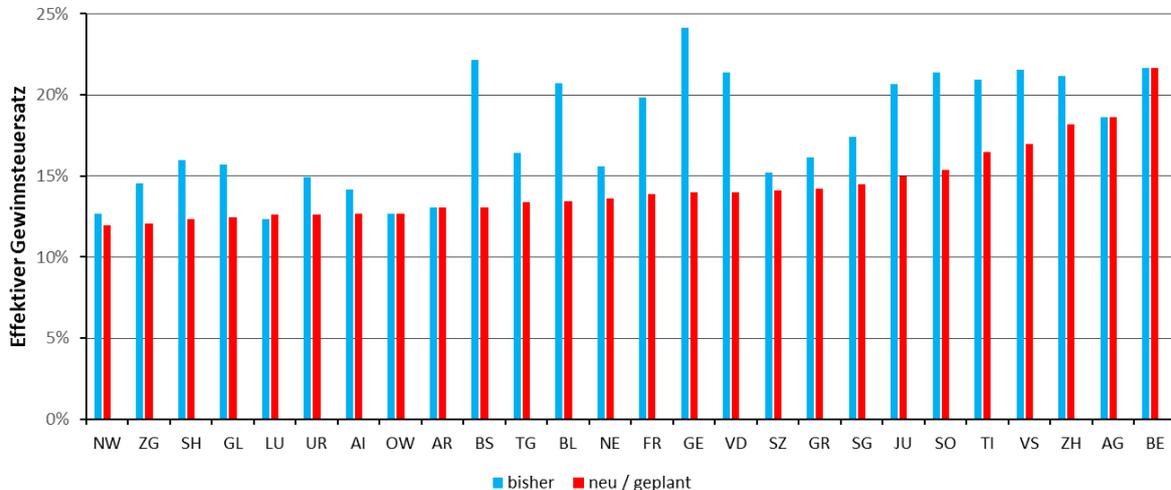
Ausgleich der Gemeinden

grosszügig Lösung: Obwohl Ausfälle viel kleiner, werden diese weitgehend ausgeglichen über längere Zeit (8 statt 6 Jahre). Kanton zahlt 45 Mio. Fr. mehr!

Auch mit moderater Steuervorlage kann der Kanton Solothurn seine Position im Steuer-Ranking halten - ohne Reform würde der Steuersatz bei über 21% verharren und der Kanton Solothurn wäre definitiv nicht mehr wettbewerbsfähig.

→ **Umsetzung bringt Rechtssicherheit und ist nötig.**

Umsetzung der STAF in den Kantonen



Erfolge der SP

- SP verhinderte Tiefsteuer-Strategie
- Nur dank Ablehnung der ersten Tiefsteuer-Vorlage: neue Vorlage mit deutlich weniger Mindererträge (Reduktion um 1/3 auf 59 Mio. Fr.)
- Ausfälle knapp finanzierbar (Eigenkapital) ohne Steuererhöhung/Sparpläne
- Erhöhung der Vermögens- **und** Dividendenbesteuerung
- erster minimaler Schritt für Entlastung kleiner Einkommen

Fazit:

- Reduktion der Ausfälle um 30 Mio. Fr. gegenüber SV17
- Trotz Erhöhung Gewinnsteuersatz gegenüber SV17 um fast 20%:
 - Erhöhung Vermögenssteuer um 30% von heute 1 ‰ auf max. 1.3‰
 - Erhöhung Dividendensteuer um 15% von heute 60% auf 70%

Trotz Kompromiss ausgewogen

Haltung der SP

- Dank grossem Engagement hat die SP viele wichtige Anliegen einbringen und erfolgreich umsetzen können.
- Trotz schwerwiegenden Kompromissen (Gewinnsteuersatz, Gegenfinanzierung) unterstützte die SP die Steuervorlage im Kantonsrat.
- insgesamt breit abgestimmte und sensibel austarierte Lösung

SP Zustimmung nur bei Zusicherung

- höhere Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen und insbesondere bei den Familien, da diese in der Vorlage nur minimal entlastet werden.
→ Lösung ausserhalb der Steuervorlage
 - Zeit für Ausarbeitung von verschiedenen Entlastungsmöglichkeiten

Hohe Besteuerung im Kanton Solothurn

Hohe Besteuerung der kleineren und mittleren Einkommen im Kt. SO

- Der Kanton Solothurn ist bekannt dafür, dass die tiefen und mittleren Einkommen steuerlich viel zu hoch belastet werden.

- Eine Korrektur ist längst überfällig.
- Steuerpflichtige mit kleinen Einkommen zahlen im Kanton Solothurn bis zu 2.5-mal mehr als der schweizerische Durchschnitt!
- Dass diese massive Mehrbelastung besonders Familien mit Kindern trifft, macht die Situation noch unerträglicher.
- Diese Belastung muss drastisch gesenkt werden.
- Am effizientesten und zielgerichtet mit Erhöhung Prämienverbilligung.
- SP erreichte, dass endlich Erhöhung der Prämienverbilligung ernsthaft diskutiert und mehrheitsfähig wird!



SP forderte höhere Entlastung

Weitere Entlastung kleiner und mittleren Einkommen

- SP hat im Kantonsrat Auftrag eingereicht für substanziellere Entlastung mit der engen Orientierung am schweizerischen Durchschnitt.
- Finanzkommission hat Ball aufgenommen und fordert in einem vom Kantonsrat bereits überwiesenen Auftrag eine Entlastung von 20-30 Mio. Fr.
- Die konkrete Umsetzung (u.a. wahrscheinlich mit Erhöhung der Prämienverbilligung) wird im Moment erarbeitet.
- Für die SP ist dies ein weiterer Erfolg.
- Doch die SP fordert mehr, substanziellere Entlastung. Druck hochhalten.

Zusammenfassung

Beurteilung der Vorlage insgesamt

- keine Wunschvorlage der SP, aber Richtung stimmt
- neue Vorlage mit deutlich weniger Mindererträge (Reduktion um 1/3)
- SP erreichte Erhöhung der Vermögens- und Dividendenbesteuerung
- erster Schritt für Entlastung kleiner Einkommen

Ausserhalb Steuervorlage

- weitere Entlastung ist bereits in Arbeit, ev. mit Erhöhung Prämienverbilligung

Empfehlung

JA-Parole zur Steuervorlage STAF am 9. Februar 2020

Zusätzliche Informationen

- Finanzieller Überblick
- Konsequenzen bei Ablehnung
- Ausgangslage im interkantonalen Vergleich
- Keine Steuerprivilegien mehr
- Gerechte Steuern für alle
- Innovation und F&E werden belohnt
- Soziale Ausgleichsmassnahmen
- Was steht auf dem Spiel?

Konsequenzen einer Ablehnung

Eine erneute Ablehnung hätte zur Folge, dass das neue Bundesrecht ohne Senkung der Gewinnsteuern und ohne Ausgleichsmassnahmen eingeführt werden müsste. Dann aber besteht das Risiko, dass der Kanton Solothurn im schweizerischen und internationalen Vergleich massiv an Attraktivität als Unternehmensstandort einbüsst und Unternehmen nach und nach wegziehen und ihr Steuersubstrat und ihre Arbeitsplätze damit verlorengehen.

Die Verhandlungsposition der SP wird nicht besser bei einer Ablehnung:

- keine Erhöhung der Vermögens- und Dividendenbesteuerung
- Entlastung kleiner Einkommen wird ev. in Frage gestellt

Zudem erfolgt die Umsetzung schrittweise. Die effektive Gewinnsteuer sinkt von bisher maximal über 21% in drei Schritten auf 16.3% im ersten Jahr, auf 15.9% im zweiten Jahr und anschliessend auf 15.4% (Stadt Solothurn Stand 2019, inkl. direkte Bundessteuer).

Aus all diesen Gründen bitte ich euch jetzt Nägel mit Köpfen zu machen und der Vorlage zuzustimmen. Besten Dank. (Applaus)

Franziska Roth: wir haben jetzt viel gehört und jetzt steht das Mikrofon für kritische Voten zur Verfügung.

Diskussion:

Hans Bieri: wie lange dauert es bis das Eigenkapital aufgebraucht ist - 5, 6, 7 Jahre? Und ist da der NFA bereits inbegriffen?

Simon Bürki: Alles was wir wissen, ist bei diesen Berechnungen inbegriffen. Der Kanton hat über 450 Millionen Franken Eigenkapital. Dies reicht länger als für 7 Jahre. Klar ist, für den Kanton ist es eine Herausforderung, aber diese kann er ohne Sparmassnahmen und Steuererhöhungen für natürliche Personen meistern.

Simon Gomm: ich war der einzige Kantonsrat, der die Vorlage im Parlament abgelehnt hat. Dies möchte ich kurz begründen. Die SP hatte mind. 16% gefordert. Diese Kompromisse, die man hier eingegangen sind, entspricht überhaupt nicht mehr unseren Idealen. Es sind praktisch alle Ausgleichsmassnahmen weg. Es handelt sich hier um eine Steuersenkungsvorlage für juristische Personen und nichts anderes. Dem kann ich nicht zustimmen.

Markus Ammann: grundsätzlich gebe ich dir recht, sehe es jedoch etwas pragmatischer. Man muss aber schon sehen, alle anderen sind ebenfalls von ihren roten Linien abgewichen und deshalb kam letztendlich dieser Kompromiss zustande. Wenn wir diese Vorlage ablehnen, werden wir beim nächsten Schritt nicht mehr ernstgenommen.

Simon Bürki: natürlich hätten wir uns mehr gewünscht, aber wir haben bis zum Schluss das Maximum herausgeholt, inkl. einer Vermögenssteuererhöhung um 30%

Hans Bieri: es wurde gesagt, die SP habe die weiteren nötigen Schritte eine bessere Verhandlungsbasis, wenn sie jetzt Ja sage. Ok, aber diese Aufträge kommen wieder in den Kantonsrat und wie oft hat die SP im Kantonsrat wenns um die Prämienverbilligungen ging eine Mehrheit erhalten? Noch nie.

Franziska Roth: der Kantonsrat hat diesen Auftrag überwiesen und würde sich komplett unglaubwürdig machen, wenn er diesen wieder ablehnen würde.

Karin Kälin: ich war von Beginn weg dabei, war Mitglied im Begleitgremium und hab alle Diskussionen mitbekommen. Das Geschäft ist hochsensibel. Wenn alle auf ihren roten Linien beharren, erreichen wir nie etwas. Die Finanzkommission hat glaubwürdig dargestellt, dass sie nach der Annahme dieser Vorlage willens ist, für die unteren Einkommen spürbare Entlastungen vorzunehmen. Und dann zur Wirtschaft, wir brauchen die Wirtschaft, wir brauchen gute Arbeitsplätze und auch gute Bedingungen für die Arbeitgeber. Wir als SP sind jetzt in einer guten Ausgangslage und können nach der Annahme dieser Vorlage hoch pokern. Lehnen wir sie ab, werden wir überhaupt nichts anderes bekommen.



Franz Meier: ich bin überzeugt, dass die Fraktion das Optimum herausgeholt hat und wir die JA-Parole beschliessen müssen. Trotzdem habe ich eine kritische Frage: Die Antwort auf die Frage von Hans bezüglich des Eigenkapitals war mir zu ungenau. Wenn das Eigenkapital jährlich um 60 Millionen Franken schwindet, ist dieses nach 7 Jahren «weggeschmolzen», oder?

Markus Ammann: das ist jetzt eine rein statische Rechnung. Schauen wir in die Vergangenheit, können wir davon ausgehen, dass infolge dieser Erfahrungen das Kapital länger stehen bleibt als diese Rechnung. Aber genau wissen tuts niemand. Was wir hingegen klar wissen ist, wenn diese Vorlage abgelehnt wird kommt eine neue, und ob diese aus unserer Sicht besser wird, bezweifle ich sehr. Übrigens erachte ich Prognosen, die über 10 Jahre hinaus gehen als unseriös.



Naeder Helmy: wir müssen kompromissbereit sein und diese Vorlage annehmen. Gleichzeitig dürfen wir uns aber nicht nur auf die Prämienverbilligungen fokussieren, denn der Gesundheit ist ein Wachstumsmarkt. Prämien steigen und steigen und steigen. Wir als SP müssen uns auch darum kümmern, dass die Sozialabzüge erhöht werden können. Darüber müssen wir uns demnächst einmal intensiv auseinandersetzen.

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole (mehrheitlich)

Beschluss: Die Delegierten der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung für die JA-Parole grossmehrheitlich gegen 7 Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Applaus. Simon und Markus erhalten für ihre Präsentation eine Flasche Wein

6. Nationale Vorlage für die Abstimmung vom 9. Februar 2020

1. Volksinitiative vom 18. Oktober 2016 «Mehr bezahlbare Wohnungen» (BBI 2019 2583)

- ▶ Referat von **Domenica Imperiali**, Präsidentin MV Grenchen und Mitglied des Vorstands des kantonalen Mieterverbands
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

Domenica Imperiali:

Liebe Anwesende, danke dass ich hier die Volksinitiative präsentieren darf. Ich bin Präsidentin des Mieterverband Grenchen und arbeite als Juristin in einem Advokaturbüro. Ältere Menschen erhalten oft die Kündigung ihrer langjährigen Mietwohnung und es gibt ganze Leerkündigungen von Häusern, weil das Haus abgerissen und durch einen Luxusbau ersetzt wird. Kinder müssen von ihren Schulfreunden Abschied nehmen, weil ihre Eltern keine bezahlbare Familienwohnung im Quartier finden. Der Renditehunger der Spekulanten führt dazu, dass Mieterinnen und Mieter in der Schweiz viel zu hohe Mieten bezahlen. Es gibt hohe Leerwohnungsstände, jedoch Wohnungsnot in den Städten.



Beunruhigenden Veränderung auf dem Immobilienmarkt

- Jahr 2000 60% der Mietwohnungen in den Händen von Privatperson. Heute noch 47%.
- Jahre 2000 bis 2017 Anteil der Mietwohnungen von Immobilienfirmen (Versicherungsunternehmen, Bankengruppen, Immobilienfonds, Immobilien-aktiengesellschaften etc.) von 29% auf 39% gestiegen.
- Weder die öffentliche Hand noch die Wohnbaugenossenschaften konnten seit dem Jahr 2000 ihren Anteil an den Mietwohnungen wesentlich erhöhen.
- Das Resultat: Es werden häufig zu teure Wohnungen gebaut und an Lagen, wo es wenig Nachfrage gibt. In den Städten besteht hingegen Wohnungsnot. Bei gewinnorientierten Mietverhältnissen sind die Mieten im Schnitt deutlich höher als bei gemeinnützigen Wohnungen.

Ziel der Initiative:

Die Initiative will dem Trend auf dem Immobilienmarkt Gegensteuer geben und verpflichtet den Bund dafür zu sorgen, dass mehr bezahlbare Mietwohnungen entstehen.

Dazu soll der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen erhöht werden. So wird Wohnraum wirksam und dauerhaft der Spekulation entzogen und es entstehen Wohnungen, die im Schnitt deutlich günstiger als konventionelle Mietwohnungen sind.

Die Initiative schlägt konkret Massnahmen vor:

- Der Bund und die Kantone sollen zusammen dafür sorgen, dass gesamtschweizerisch **mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen gemeinnützig** sind.
- Die Gemeinden und Kantone sollen ein **Vorkaufsrecht** für geeignete Grundstücke erhalten, um diese dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.
- Bund und bundesnahe Betriebe, wie z.B. die SBB sollen ihr Land zuerst den Gemeinden und Kantonen zum Kauf anbieten.
- **Fördergelder der öffentlichen Hand**, zum Beispiel für energetische Sanierungen, dürfen nur ausbezahlt werden, **wenn sie nicht zum Verlust von bezahlbarem Wohnraum führen.**
- Weiter können Bund und Kantone mit raumplanerischen Mitteln den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern.

Argumente für ein JA

- Für Mieterinnen und Mieter statt für Spekulanten
- Für das Gemeinwohl und den Mittelstand
- Für das Grundbedürfnis Wohnen
- Für energetische Sanierungen ohne Mietexplosion

Die Umfragen zeigen mit einer Zustimmung von 66% einen erfreulichen Trend.

Aus all diesen Gründen empfehle ich ihnen am 9. Februar ein Ja in die Urne zu legen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Applaus)

Diskussion:



Hardy Jäggi: die Ziele der Initiative sind sympathisch. Aber so wie die Initiative formuliert ist, ist sie nicht umsetzbar. Einerseits sind die Probleme längst nicht überall gleich (Stadt, Land) und andererseits wird 10% gemeinnütziger Wohnraum verlangt. Ist das bundesweit gemeint, kantonsweit oder gar für die Gemeinden? Die vielen Fragen im Zusammenhang mit diesen 10% sind sehr zahlreich, daher für mich umsetzbar. Ich werde Nein stimmen.

Domenica Imperiali: Es ist so, die grossen Probleme gibt es in den Städten. Man muss aber sehen, zurzeit ist einiges an Initiative unterwegs, die mehr Renditen für Vermieter anstreben. Sollten solche Forderungen durchkommen, werden die Probleme auch auf dem Land massiv zunehmen. Deshalb wollen wir mit dieser Initiative schon mal auf nationaler Ebene die Spielregeln anpassen.



Thomas Marbet: mich stört das wording. Es sind nicht alle Vermieter Spekulanten, es gibt ganz viele private Vermieter, die ihre Wohnungen zu fairen Konditionen vermieten. Hinzu kommt, dass wir im Kanton Solothurn schlicht und ergreifend keine Wohnungsnot haben. Wie Hardy bereits gesagt hat. Die Ziele der Initiative sind richtig, aber dieser Weg stimmt noch nicht ganz.

Aline Leimann: als Luterbacherin stelle ich fest, dass der kürzlich zugesogene Konzern Biogen in Luterbach Häuser zusammenkauft, dafür gut bezahlt, diese abreisst und neue Luxuswohnungen baut. Diese Preise können sich normale Familie gar nicht mehr leisten. Da werden aus dem nichts die Preise hochgetrieben und die Leidtragenden sind die einfachen Leute. Gäbe es eine Vorgabe bezüglich bezahlbarem Wohnraum, würde uns dies dienen.



Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole (mehrheitlich)

Beschluss: Die Delegierten der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung für die JA-Parole grossmehrheitlich gegen 5 Stimmen und 3 Enthaltung zu.

Applaus. Frau Imperiali bekommt als Dank für ihr Referat eine Flasche Wein

2. Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) (BBl 2018 7861).

- ▶ Referat von **Muriel Waeger**, Co-Präsidentin der Fachkommission sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität der SP Schweiz und Co-Leiterin Kampagne "Ja zum Schutz vor Hass"
- ▶ Diskussion
- ▶ Parolenfassung

Muriel Waeger:

Guten Abend. Ich werde versuchen euch die parlamentarische Initiative von Matthias Reynard (SP Nationalrat VS) auch ohne Folien kurz und verständlich zu präsentieren.



Um was geht es, es geht um Aufruf zu Hass, Hetze und um Diskriminierungen von LGB-Menschen. Der Artikel für Zivil- und Militärstrafrecht soll erweitert werden. Dieser Artikel beinhaltet bis heute Bestimmungen gegen Diskriminierung von Religionen, Ethnien und Rassen, aber nicht gegen LGB-Menschen. Zwei Sachen sind in dieser Vorlage sehr wichtig: 1. strafbar macht sich, wer öffentlich und in generellen Wörtern gegen die sexuelle Orientierung von Menschen Hass und Hetze verbreitet. 2. darf mit diesen neuen Bestimmungen niemandem wegen seiner/ihrer sexuellen Orientierung etwas verweigert werden. Warum sagt man in dieser Vorlage nur LGB und nicht LGBT: das Parlament hat in der Beratung der Vorlage leider die Geschlechtsidentität herausgenommen. Das rechte Parlament hat es nicht für nötig gefunden Trans- und intersexuelle Menschen in diesem Gesetz vor Hass und Hetze zu schützen.

Einige konkrete Beispiele: 2018 hat der Bischof von Chur in den Medien gesagt, dass Homosexuelle zur Todesstrafe verurteilt werden sollen. Diese Aussage ist in der Schweiz legal, weil es gegen eine Gruppe gerichtet ist und nicht gegen eine Einzelperson. 2019 wurden zwei Kinder in einer Spielgruppe in Luzern nicht zu einer Spielgruppe zugelassen, weil ihre Eltern homosexuell waren. Auch das ist in der Schweiz zugelassen und «normal». Hätte diese Abweisung z.B. religiöse Motive, wäre dies strafbar. Legal ist auch z.B. auch die Produktion eines Plakats, dass man homosexuelle Menschen verprügeln soll u.s.w... Man kann jetzt entgegenhalten, es gehe ja nur um Wörter. Ok, aber die SP-Kampagne der SP Schweiz bringt es auf den Punkt: «Wörter schlagen!» - warum? Wenn gewisse Personen öffentlich hetzen, finden wiederum andere und meinen zur Tat greifen zu dürfen. Diese Artikeländerung ist eine Reaktion auf die Realität im Leben von LGBT-Menschen. Die Suizidrate ist 5-mal höher als bei Heteromenschen. Einer dieser Ursachen ist, dass man in der Schweiz noch generell homophob sein darf. Zuletzt ist es eine Möglichkeit, dass man sich besser wehren kann und dass betroffene Menschen sich auch trauen zur Polizei zu gehen. Zum Schluss möchte ich noch zu zwei Argumenten der Gegner sagen. Man dürfe dann nichts mehr sagen, keine kritischen Äusserungen mehr machen usw. Stimmt nicht, man darf weiterhin Schwulenwitze machen -

wenn sie gut sind (Heiterkeit), man darf weiterhin Homosexualität ablehnen. Was man nicht mehr darf, die Menschenwürde herabsetzen, was sich für einen demokratischen Staat auch gehört. Des Weiteren soll es ein Extrarecht sein für Homosexuelle. Auch das stimmt nicht. Die Rassismustrafnorm existiert bereits für andere Minderheiten. Wer gegen eine Rasse, eine Ethnie oder eine Religion hetzt, kann sich bereits heute strafbar machen und verurteilt werden. Der Artikel 261 soll also ergänzt werden.

Wer fragen hat, ich stehe gerne zur Verfügung. (Applaus)

Franziska Roth: du hast bewiesen, dass man auch ohne Folien bildhaft referieren kannst.

Diskussion:

Max Nydegger: liebe Genossinnen und Genossen, mit dieser Vorlage habe ich als Mitglied einer liberalen Partei ein Problem. Wenn jemand etwas sieht oder ausspricht dann handelt man auch danach. Hier geht es um verschiedene Kleingruppen. 50% unserer Bevölkerung sind Frauen. Wie könnt ihr dieses Gesetz annehmen und gleichzeitig nichts gegen Gewalt an Frauen und Pornografie zu unternehmen. Ihr sagt ja, dass Menschen über Wort und Bild gewalttätig werden. Ich kann nicht nachvollziehen, dass man für Kleingruppen solche Schutzmassnahmen schafft und für die Frauen keine. Dass muss man mir beantworten.

Muriel Waeger: 1. gibt es ein Gleichstellungsgesetz, das für Frauen gilt, aber für Homosexuelle nicht. Dies hat ein Gericht so bestätigt. Vor diesem Hintergrund sind die Frauen also gegenüber den LGBT-Menschen bessergestellt. 2. klar müsste man alle Menschen schützen die Gewalt erleben, das sollte auch so sein. Hier geht es um spezielle Gruppe, die besonders viel Gewalt erlebt. LGBT-Menschen begehen 5 Mal mehr Suizid als Heterosexuelle. Das kommt nicht aus einem Nichts heraus, sondern ist Realität. Öffentlicher Hass und Hetze kommt zu oft vor, dies führt zu Taten, die wir tagtäglich erleiden. In der Silvesternacht wurde schon wieder ein homosexuelles Paar verprügelt. 3. beschützt das Gesetz alle Menschen, also nicht nur die LGBT-Menschen, sondern auch Heterosexuelle. Es geht also nicht nur um Kleingruppen, sondern um alle Menschen. Und Diskriminierungen erleben nicht nur Direktbetroffene, sondern auch Familienangehörige, Freunde, Menschen auf der Strasse usw. In einer Gesellschaft, wo man miteinander reden möchte, muss Respekt gelten und nicht Hass und nicht Hetze, schon gar nicht in der Öffentlichkeit. Man darf immer noch kritisch sein, aber man muss damit richtig umgehen.

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole (mehrheitlich)

Beschluss: Die Delegierten der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung für die JA-Parole grossmehrheitlich gegen 1 Stimme und 1 Enthaltung zu.

Applaus. Muriel Waeger bekommt als Dank für ihr Referat eine Flasche Wein.

7. Dank und Würdigung für die Arbeit im Nationalrat

- ▶ **Bea Heim**, Nationalrätin von 2003-2019
 - ▶ **Philipp Hadorn**, Nationalrat von 2011-2019
- Franziska Roth
Peter Moor

Laudatio für Bea Heim von Franziska Roth

Eine Frau ein Wort! Deine 16 Jahre Parlamentsarbeit lässt sich nicht besser zusammenfassen. Du hast den roten Faden von Anfang an gepackt, ihn sichtbar gesponnen und für Vernetzung gesorgt.

Und so manch anderen Politikern hast du selbstbewusst den roten Faden so eng um ihre gelben, blauen, orangen, schwarzen und braunen Hosenbeine gebunden, dass sie bei zu unsozialem und machtgerigem Gang darüber gestolpert sind. Mit Respekt gegenüber anderen Personen und anderen Werten hast Du Dich eingegeben. An einer der letzten GL Sitzungen hast du mir gesagt: Weisst Du Franziska eine grosse Herausforderung in der politischen Arbeit bildet auch immer das Finden der Balance.

Mit deiner Ruhe und Besonnenheit hast du an manchen Geschäftsleitungssitzungen Ruhe bewahrt und mit viel Sinn für das zu Wort kommen lassen aller für Lösungen mit Durchschlagskraft gesorgt! Das Wort war und ist Dir wichtig. Laut bist Du nie geworden, das war auch nicht nötig, denn man hörte Dir zu wegen dem Inhalt. Menschen wie ich die als hyperaktive Vielrednerin ab und zu mit dem Gring dur d Wang wollen und andere nicht minder eloquente und bockige Genossen hörten Dir zu! Dein Wort hast Du hast stets als Bea Heim gesprochen, einfach auf unterschiedlichen Plätzen.

Du bist Solothurnerin

Dein Engagement galt unserem Kanton. Mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg, wie das für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten oft der Fall ist. In Deinem, ersten Amtsjahr setztest Du Dich für Eisenbahnprojekte ein, welche auch die Region Olten betrafen und betreffen. So etwa für die Beseitigung des Engpass Aarau-Olten. Und bald – fast 16 Jahre später – werden wir zwischen Olten und Zürich durch den neuen Eppenbergtunnel fahren können.

Nachhaltig war Dein Engagement für Grenchen. Leider blieben ihre Bemühungen um Beibehaltung des Standortes Grenchen für das Bundesamt für Wohnungswesen erfolglos. Dafür gelang es Dir die verkehrspolitische Herabstufung des Bahnhofs Grenchen-Süd zu verhindern. Deine Bemühungen führten zur Sicherung der Arbeitsplätze des Stahlwerks Gerlafingen. Ein diesbezügliches Postulat zur Befreiung von der CO2 Abgabe unter der Bedingung nachweislicher CO2-Reduktion von Dir fand eine Mehrheit. Du warst AKW-Gegnerin der ersten Stunde. Zwar brachte erst der Weckruf aus Fukushima das nötige Verständnis für einen besseren Schutz der Bevölkerung im Umkreis von Atomanlagen ein. Doch Dein politischer Mahnfinger für bessere Erdbebensicherheit, für besseren Schutz gegen potentielle Terrorangriffe und dafür, dass die AKW-Betreiber und ihre nationale Aufsicht die Risiken von Cyberangriffen war nicht zu übersehen.

Du bist Sozialdemokratin

Mit persönlichen Spitzenresultaten wurdest Du immer wiedergewählt. Panaschierkönigin warst Du, ohne dass Du dich verbiegen musstest. Im Gegenteil. In den Parlamentsrankings landetest Du sie immer klar auf den linken Plätzen. Die Sozialpolitik war einer Deiner Schwerpunkte. Über 50 Vorstösse hast Du zum Schutz sozial schwacher und verletzbarer Gruppen eingereicht. Einige Stichworte: Gegen häusliche Gewalt, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gegen die Diskriminierung älterer Arbeitnehmender, für einen Weiterbildungsfond für ältere Arbeitnehmende. Du warst und ich wette Du bleibst eine verlässliche Bündnispartnerin der Gewerkschaften. Genauso wie für die Umweltverbände. Du wusstest von Beginn weg, dass Massnahmen zum Schutz von Natur und Umwelt nur dann wirklich nachhaltig und im Interesse aller sind, wenn sie sozial umgesetzt werden. Du hast die Ökologie nicht einfach nur gepredigt, sondern Du lebst sie auch. Dein kleines Wägeli, das auch mal einen grossen Brand verursachte ist aber legendär und ein Beweis. Du bist Pionierin der Elektro-Mobilität

mit dem auf dem eigenen Dach erzeugten Solarstrom. Übrigens, was nur wenige wissen: Bea erreichte als Mitglied der Kommission für öffentliche Bauten, der sie 2007-2011 angehörte, dass öffentliche Bauten als Minergie-Bauten realisiert, und dass sie, wie auch Botschaften und militärische Bauten mit erneuerbaren Energien versehen werden müssen.

Du bist Gesundheitspolitikerin

Das zweifellos grösste Engagement Dir lag und liegt in der Gesundheitspolitik. Es würde den Rahmen sprengen, alle Deine Aktivitäten auch nur cursorisch aufzuführen. SÜber 250 politische Vorstösse hast Du eingereicht, Dein innerparlamentarisches Engagement in Kommissionen, Deine Vernetzungen in der Verwaltung und ausserhalb des Parlaments mit allen Stakeholdern im Gesundheitswesen, haben Dir den Ruf einer versierten und dossierfesten Fachfrau eingetragen, deren Expertise auch jene schätzen, die mit deinen politischen Analysen nicht einig gehen.

Legendär ist Deine Herangehensweise. In der ersten Sitzung der SGK wo ich neu als Ersatzmitglied bin wurde im 2 Satz erwähnt: Uns fehlen die hochgekrepelten Hemdärmel und Knowhow von Bea. Im Zentrum Deiner Bemühungen steht der Zusammenhang von Qualität Kosteneffizienz immer im Interesse der PatientInnen und der Versicherten. Du weisst, dass das Problem der steigenden Kosten im Gesundheitswesen primär über die Qualitätssicherung in Diagnose und Behandlung angegangen werden muss, nicht zuletzt, um medizinisch nicht zu verantwortende Rationierungsmassnahmen zu verhindern. Gleichzeitig stehst Du dafür ein, die Belastung der unteren und mittleren Einkommen durch die KVG-Prämien durch sozialpolitische Massnahmen zu senken. Dein Kampf galt stets der Erhöhung der Prämienverbilligungen.



Und dann sind da die Lobbyisten der Pharmaindustrie, der Ärzteschaft und der Spitäler, und der Krankenversicherer. Sie sind nicht nur in der Wandelhalle, sondern direkt in den Parlamentssälen massiv vertreten. Es ist sehr viel Geld im Spiel. Dabei haben die Interessen der Patientinnen und Patienten einen schweren Stand. Das veranlasste Dich 30

Vorstösse zu Gunsten der Patientensicherheit schreiben. Drei erfolgreiche Motionen und eine Parlamentarische Initiative überzeugten Parlament und Bundesrat von der Wichtigkeit der Versorgungsforschung und der Arzneimittelsicherheit. Und nicht minder war Dein Engagement mit 30 Vorstössen für die Förderung der Prävention. Stellvertretend nehmen wir Deinen Erfolg zur Schaffung eines Nationalen Krebsregisters.

In den vergangenen Jahren galt Dein Fokus der Versorgung mit Antibiotika. Diese zentrale «Allzweckwaffe» gegen Bakterien wird immer stumpfer, weil sich wegen unvernünftigem Gebrauch in der Human- und Tiermedizin Resistenzen ausbilden. Die Pharmaindustrie forscht nicht mehr, weil ihr die Gewinnmargen zu klein erscheinen. Nach Schätzungen der WHO muss weltweit mit bis zu 50 Millionen Toten pro Jahr gerechnet werden, wenn es nicht gelingt, den unkontrollierten Einsatz von Antibiotika in Griff zu bekommen und die seit Jahrzehnten aus Gründen mangelnder Rentabilität vernachlässigte Entwicklung von neuen Wirkstoffen wieder in Gang zu bringen. Mit zahlreichen politischen Vorstössen gelang es Dir schliesslich, dass der Bund die sogenannte STAR-Strategie lancierte, mit der jetzt ein wirksames und überprüfbares Instrument zur Einschränkung und Kontrolle des Antibiotikaeinsatzes in der Human- und Tiermedizin zu Verfügung steht. Und weil es Dir ernst ist damit hast Du ausserhalb des Bundeshauses den «Round Table Antibiotika» ins Leben gerufen. Mit dabei sind Infektiologen aller Schweizer Universitäten und einige kleinen Pharmaunternehmen. Der «Round Table Antibiotika» will die Forschung und Entwicklung neuer antimikrobieller Wirkstoffe deblockieren und ist mit einem von zahlreichen führenden Fachkräften eine zentrale Institution geworden. Die Arbeit geht im Kontakt mit den Schweizer Hochschulen, mit internationalen Organisationen, mit dem Bund und Vertretern des Bundesparlaments weiter.

Wie sehr das Engagement von Dir geschätzt wird, zeigt auch, dass die Schweizerische Krebsliga dir «Für Deinen Einsatz in der Gesundheitspolitik» 2018 die Ehrenmedaille verlieh. Sie war die erste Politikerin, die diese Auszeichnung bekommen hat. ((Im vergangenen Jahr als zweite Politikerin Ruth Dreifuss))

Ja, Du bist die Unermüdliche

Und Hartnäckige. Eben auch ein richtiger Widdergring. Wenn Du von etwas überzeugt bist, lässt Du so schnell nicht locker. Das ist als linke Frau besonders anstrengend, weil man in einer doppelten Minderheit ist. Und wenn man dann noch so dicke Bretter bohrt, wie Du es in der Gesundheitspolitik tust, ist es noch einen Tick anstrengender. Doch Du ist dem schnellen «Quote» oder dem oberflächlichen Bild abgeneigt. Differenziert denken, und Deine Dossiers bis in die letzten Verästelungen kennen zeichnet Deine Arbeit aus. Du warst nie und wirst auch nie für ein schnelles Quote in den elektronischen Medien für einen kurzen persönlichen Hype Deine Überzeugungen ritzen lassen. Im Zweifel für die eigene Meinung und nicht den Hype. Das Bea macht Dich zu einer starken Frau mit einem starken Wort. Ich bitte dich nach vorne zu kommen, merci Bea.

(stehende Ovation)



Bea Heim:

Vielen Dank für den warmen Applaus. Möglich wurde meine Arbeit ja nur dank eurer Unterstützung, danke dir Franziska für die netten Worte, für die Herzlichkeit hier im Saal und ich wünsche dir Franziska in Bern viel Kraft und Mut. Ich denke wir sind alle stolz darauf, dass wir eine herzhaft, engagierte und volksverbundene Frau im Nationalrat haben. Von deinem fulminanten Start in Bern bin ich begeistert, hoffe dass es so weitergeht und man spürt, du willst deine Ziele erreichen. Du hast dich wählen lassen, um etwas zu verändern. Die Herausforderungen sind riesig. Klimafragen, Energiefragen, fossile Brennstoffe und damit verbunden Friedensfragen. Denn ökologische Politik ist Friedensarbeit. Zentral für die Zukunft wird auch die Zusammenarbeit mit Europa sein. Am 17. Mai stimmen wir über die Begrenzungsinitiative der SVP ab. Die ist brandgefährlich und führt letztendlich zur Kündigung der Bilateralen Verträgen. Die Folgen wären katastrophal, insbesondere für unsere Jungen. Das institutionelle Rahmenabkommen würde ich gerne noch speziell erwähnen. Natürlich wurde die SP für ihre Haltung kritisiert, aber mittlerweile ist im ganzen Land gerade wegen der Kritik von SP und Gewerkschaften unbestritten, dass der Lohnschutz nicht aufgeweicht werden darf. Ohne Leitplanken und ohne Sicherheiten ist ein solches Abkommen nicht zu haben. Das ist der Verdienst der SP und Gewerkschaften. Vieles hält jetzt von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga ab, denn es braucht soziale und ökologische Leitplanken. Gerne werde ich euch auch weiterhin unterstützen. Aktiv werde ich sein im schweizerischen Senior*innenrat und im Verband BASOS der aktiven Senior*innen. Mir ist es ein Anliegen, weiterhin die sozialen und ökologischen Kräfte zu stärken. Ich danke euch für die grossartige Unterstützung während vielen Jahren. Danken möchte auch allen für das Engagement im Auftrag der SP, wir müssen auf die Strasse, nahe bei den Leuten, volksverbunden und nahbar. Danke. (Applaus)

Franziska Roth: Bea Heim hat als Geschenk gewünscht, in ihrem Namen dem Kinderkrebsregister in Bern einen freiwilligen Beitrag zukommen zu lassen. Die SP Kanton Solothurn hat CHF 150.00 überwiesen (Applaus)

Laudatio für Philipp Hadorn von Peter Moor-Trevisan

Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Philipp Hadorn wurde 2011 gleich bei seiner ersten Kandidatur in den Nationalrat gewählt und 2015 bestätigt. 2019 fiel er deutlich hinter Franziska Roth zurück. Das ist insofern erfreulich, als zumindest einer der acht Solothurner Sitze in Bern von einer Frau eingenommen wird. Es ist aber unerfreulich und bedauerlich, weil Philipp nicht mehr dabei sein kann. Seine Art zu politisieren wird mir fehlen, und da bin ich nicht der einzige.

Es ist kein Zufall, dass «klar» in seinem persönlichen Slogan nicht nur einmal, sondern gleich viermal vorkommt: klar umweltbewegt, klar gewerkschaftlich, klar christlich, klar sozial. Die Klarheit ist sein Markenzeichen, er lässt sich nicht leicht von seinem Standpunkt abbringen. Das macht es zwar manchmal anstrengend, mit ihm über Gott und die Welt zu diskutieren, aber immer äusserst interessant. Wir sind uns häufig nicht einig geworden, aber auch das ist ein Teil von Philipps Klarheit: Andere Meinungen lässt er gelten, auch wenn er sie nicht teilt und kaum einen Millimeter von seiner Position abweicht.



Das allerdings ist im Bundeshaus eine Qualität: Wir alle kennen sie, die Fahnen im Wind, deren Haltung nicht von einer eigenen Überzeugung, sondern von der aktuellen Wetterlage geprägt ist. So ist Philipp nicht, er steht für seine Anliegen ein, und das in vielen Fragen unerschütterlich seit Jahrzehnten.

Er ist als Finanzpolitiker aus Solothurn nach Bern gekommen und folgerichtig auch in der Finanzkommission gelandet. In der zweiten Amtszeit konnte er dann seine Kenntnisse auch in der Verkehrs- und Medienkommission einbringen. Die Mischung aus Finanz- und Verkehrswissen prädestinierte ihn zudem für die Neat-Aufsichtsdelegation, die er vier Jahre lang leitete.

Spätestens nach dem Frauenstreiktag musste Philipp sich Gedanken über eine allfällige Abwahl machen, und so war das Resultat für ihn zwar sehr schmerzhaft, aber nicht aus dem Nichts.

Lieber Philipp, ich danke dir für alles, das du in Bern geleistet hast, und wünsche dir für die Zukunft Klarheit, Erfolg und Gottes Segen. (stehende Ovation)

Philipp Hadorn erhält als Geschenk einen Korb mit regionalen Esswaren ohne Alkohol und ohne Fleisch.



Philipp Hadorn

Geschätzte Genossinnen und Genossen. Danke Peter für deine Worte. Für mich ist heute der Moment, um danke zu sagen. Ich durfte während 8 Jahre im Nationalrat etwas bewirken und mich meinem Herzen entsprechend engagieren. Ich war immer mit Herzblut dabei, hab die Arbeit gerne gemacht und hätte sie auch gerne weitergeführt. Der Nationalrat ist ein Kollektivgremium, auch die Fraktion ist als Gruppe unterwegs. Man gewinnt und verliert gemeinsam. Dies ist auch in der Partei so und in der Gewerkschaft. Man steht zusammen und will etwas verändern. Denn das Bild, von dem wir manchmal träumen, ist Wirklichkeit anders. In diesem Kampf gibt es verschiedene Bühnen. Dank euch, meiner Wählerschaft durfte ich 8 Jahre auf einer dieser Bühnen mitspielen. Jetzt machen dies andere. Als Partei haben wir einen Sitz verloren, wobei die Linke im Kanton Solothurn weiterhin 2 von 6 Sitzen innehaben. Ich bin überzeugt, dass die Gewählten ebenso mit viel Herzblut an die Arbeit gehen. Ich muss das eine und andere neu erfinden, das ist nicht ganz einfach, öffnet jedoch auch wieder neue Türen. Vielen Dank für alles was ihr mir ermöglicht habt. Gemeinsam kämpfen wir weiter auf jenen Ebenen und Bühnen, die sich anbieten. Ich wünsche allen, sei dies auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene gutes Gelingen. Die SP braucht es, gemeinsam mit den Gewerkschaften. Herzlichen Dank. (Applaus)



8. Varia

Franziska Roth: am 18. Januar 2020, 20.00 Uhr findet in Solothurn in der Kulturgarage das Dankesfest von Franziska Roth und Roberto Zanetti statt.

12. März Aktuell aus Bern in Riedholz
1. April kantonaler Parteitag in Olten

Gute Heimreise und danke fürs Kommen. Der Parteitag ist geschlossen. (Applaus)

Für das Protokoll:

Niklaus Wepfer, 22. Februar 2020